



Mouvement Ecologique äussert sich zu den Aussagen von Staatsminister J.-Cl. Juncker:

Bankrotterklärung anerkennen – desto forscher handeln!

«Das Miteinander von Transport-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik hat nicht zufriedenstellend geklappt»; von einem «totalen Bankrott» in diesen Bereichen soll Premier J.-Cl. Juncker nach dem letzten Regierungsrat gesprochen haben.

Diese inhaltlichen Aussagen finden die Zustimmung des Mouvement Ecologique. Während Jahren wurde in der Tat die Klimaschutzpolitik seitens der diversen Regierungen sträflich vernachlässigt, sonst würde unser Land heute besser dastehen. Trotz anderer Verlautbarungen wurde der öffentliche Transport jahrelang zu Gunsten des Individualverkehrs sträflich vernachlässigt. Dokumente wie der nationale Plan für eine nachhaltige Entwicklung fanden kaum in der Praxis Widerhall. Das angestrebte Ziel einer Ökologisierung der Wirtschaft gibt es höchstens in der Theorie ... Wir sind somit weit entfernt vom Ziel den nächsten Generationen attraktive Lebensbedingungen zu hinterlassen.

Doch neben einer Analyse mit diesem wenn auch wichtigen «Blick nach hinten» gilt es vor allem nach vorne zu schauen!

Und hier kommt man nicht darum vor allem zwei Elemente festzustellen.

- Sicherlich sind in den vergangenen Jahren, vor allem auf der Ebene des Umweltministeriums, neue Akzente erkennbar. Und doch: insgesamt scheint noch kein «Nachhaltigkeitsruck» durch diese Regierung gegangen zu sein. Soll verhindert werden, dass auch die Bilanz dieser Regierung im Nachhaltigkeitsbereich einer «Bankrotterklärung» gleichkommen wird, so bleibt noch so manches zu tun: Von einer Ökologisierung des Steuersystems über die stärkere Berücksichtigung von Umweltaspekten in der Landwirtschaft, einer offensiveren Landesplanungspolitik bis hin zur Integration von Umweltaspekten in öffentlichen Ausschreibungen. In all jenen Bereichen liegt bei der jetzigen Regierung noch so manches im Argen.
- Aber bereits die Auflistung der Herausforderungen zeigt auf: die Politik einer nachhaltigen Entwicklung - auch der Klimaschutz und die Mobilität – können nur dann gelingen, wenn nicht einzelne Ressortministerien allein die Verantwortung dafür tragen. Nein: die gesamte Regierungsmannschaft muss diese Nachhaltigkeitsstrategie letztendlich als «Team» zu ihrer Priorität zu erheben. Neugewichtung der Gelder im

Mobilitätsbereich mit einer absoluten Gewichtung auf den öffentlichen Transport verlangt auch das Mitwirken eines Bauenministeriums, die nachhaltige Steuerreform fordert sowohl den Budget- als auch den Finanzminister, eine nachhaltige Siedlungsentwicklung den Wohnungsbau- sowie den Landesplanungsminister. Generell sollten alle Regierungsentscheidungen kritisch hinterfragt werden, inwiefern sie den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung gerecht werden. Diese interministerielle Zusammenarbeit ist erst in Ansätzen erkennbar und stellt eine der Hauptherausforderungen einer nachhaltigen Politik dar.

Man darf hoffen, dass die Erklärung des Premiers zum gewünschten Ruck in der jetzigen Regierungsmannschaft führen wird, im Interesse der jetzigen und auch der künftigen Generationen.

Mouvement Ecologique asbl